

# Resolution des Rates der Stadt Lahnstein zur Haushaltssituation der Stadt



Die völlig unzureichend von Bund und Land zur Verfügung gestellten Mittel zur Erfüllung der ständig wachsenden Pflichtaufgaben bringen uns an den Rand des Ruins. Ein Umdenken in der Systematik der Aufgabenverteilung mit einhergehender, gleichzeitiger Finanzierung der auferlegten Aufgaben erscheint zwingend erforderlich. Die zur Verfügung gestellten Gelder des Bundes sind zum einen viel zu gering bemessen und zum anderen kommen diese erst gar nicht oder nur teilweise bei uns an, da das Land einen Teil davon einbehält.

**Trotz der Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfond und trotz Erhöhung der Steuerhebesätze und weiterer schmerzhafter Konsolidierungsmaßnahmen in einem jährlichen Rahmen von 2,4 Mio. € steigen die Schulden unserer Stadt bis Ende 2017 auf voraussichtlich rd. 52 Mio. €.**

Die Stadt Lahnstein hat sich 2011 dem bundesweiten Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ angeschlossen, das sich für eine bessere Finanzausstattung der Städte und die Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse einsetzt.

Der Stadtrat von Lahnstein hat in der Vergangenheit seinen Sparwillen im freiwilligen Bereich bereits an vielen Stellen bewiesen. In den zurückliegenden Jahren wurde verwertbares Vermögen in Form von Immobilien veräußert, Zuschusszahlungen reduziert um nur einige Beispiele zu nennen. Ebenso hat er durch Steuer- und Entgelterhöhungen auch versucht, die Einnahmen zu verbessern, wobei bei der Gewerbesteuer die zu erwartenden Einnahmen - aufgrund von der Stadt nicht zu vertretender Einflüsse - nicht erreicht wurden. Trotz all dieser Maßnahmen zum Nachteil unserer Bürgerinnen und Bürger sind eine Verbesserung der Haushaltssituation und ein Abbau der Schulden nicht in Sicht. Vielmehr das Gegenteil ist der Fall - unsere Neuverschuldung liegt jährlich bei 2 - 4 Mio. €.

Weitere notwendige Investitionen in den Neubau von Kindertagesstätten und dem Ausbau der in hohem Maße verbrauchten Stadtstraßen stehen unmittelbar bevor. Eine Straße musste bereits mangels finanzieller Mittel für die Gewährung der Verkehrssicherheit geschlossen werden. Zusätzlich will das Land eine über 5 km lange, mit täglich 20 Tsd. KFZ frequentierte und mit zwei Brücken ausgestattete Landesstraße sowie zwei Kreisstraßen zu Stadtstraßen abstufen, obwohl die Stadt Lahnstein als Mittelzentrum ihr Umland versorgt.

Was nützt uns eine schwarze Null auf Bundes- oder Landesebene, wenn die Kommunen unaufhörlich Schuldenberge anhäufen und freiwillige Leistungen zum Wohle der Bürger kaum mehr möglich sind.

**Wir wenden uns daher an die gewählten Vertreter im Bundestag und im Landtag von Rheinland-Pfalz sowie an die Bundesregierung und die Landesregierung von Rheinland-Pfalz und fordern**

- dringend eine Neuausrichtung der Finanzausstattung der Kommunen
- die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips (vgl. Fußnote 1 in der Anlage)

- die Überarbeitung von Standards bzw. die vollständige Kostenerstattung bei vom Bund oder dem Land geforderten Standards
- eine Entlastung beim Anstieg der Sozialausgaben
- eine vollumfängliche Weitergabe der Mittel, die der Bund für die Kommunen bereitstellt (vgl. Fußnote 2 in der Anlage)
- eine bessere Unterstützung im Investitionsbereich zum Abbau des vorhandenen Investitionsstaus.
- eine Berücksichtigung des landesplanerischen Zentrale-Orte-Systems in dem Katalog der Einstufung von Straßen im Landesstraßengesetz.

Hier müssen passgenaue Hilfen erarbeitet werden; pauschale Förderprogramme allein sind nicht ausreichend.

Wir appellieren an die Verantwortlichen im Bund und im Land diese gravierende Schiefelage endlich zu korrigieren. Gerade strukturschwache Räume brauchen eine solide Finanzausstattung zur Aufgabenerfüllung und zum Überleben. Werden Sie sich Ihrer Aufgabe und Ihrer Verantwortung bewusst und stellen Sie die Kommunen auf finanziell sichere Beine. Bei fehlender Finanzausstattung ist die garantierte kommunale Selbstverwaltung gefährdet und damit wird sowohl entgegen Artikel 28 des Grundgesetzes als auch entgegen der Europäischen Charta von 1985 gehandelt (vgl. Fußnote 3 in der Anlage).

Peter Labonte  
Oberbürgermeister

Adalbert Dornbusch  
Bürgermeister

Sebastian Seifert  
Beigeordneter

Beatrice Schnapke-Schmidt  
Beigeordnete

Johannes Lauer  
CDU-Fraktionsvorsitzender

Gabriele Laschet-Einig  
SPD-Fraktionsvorsitzende

Rainer Burkard  
FBL- Fraktionsvorsitzender

Gerhard Schmidt  
Bündnis 90/Die Grünen Fraktionsvorsitzender

Lennart Siefert  
ULL Fraktionsvorsitzender

Sascha Weinbach  
FDP Stadtratsmitglied